



# Gemeinsame Beratungen der Mittelmächte?

Wien, 17. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es ist anzunehmen, daß nach dem Entziffern der Autowortnote Willens an die Monarchie und die Türkei gemeinsame Beratungen der Vertreter der Österreichisch-ungarischen Monarchie sowie Deutschlands und der Mittelstaaten stattfinden werden. In diesen Konferenzen soll es sich um die Befestigung der genannten Stellungnahme zu den Vorkäufen der Entente handeln.

## Vestragung der Kriegsschuldigen!

Haag, 17. Oktober. Aus London wird gemeldet: Der führende amerikanische Vorkämpfer in Berlin, General, veröffentlicht eine Erklärung, worin er sagt: Die Bevölkerung des westlichen Amerika ist und war für einen Frieden, der mehr als ein dekretierter Friede ist. Sie wünscht eine persönliche Bestrafung der Personen, die für den Krieg und seine Schäden verantwortlich sind. Nichts weniger will sie beschreiben. Sie stellen es nach ihrer Meinung zu gut für den Mann, der die Schuldigen der Sünde entsetzt hat.

## Neue Bedingungen.

Genf, 17. Oktober. In den Bedingungen des Waffenstillstandes, die den Deutschen aufgegeben worden sollen, sagt Serde in der „Revue“ eine neue Forderung. Serde fürchtet nämlich, in Rußland und den ehemals russischen Gebieten könnte alles brennen und verderben gehen, wenn die deutschen Truppen, das einzige Element der Ordnung, wie er sagt, abziehen würden. Daher müsse eine Bedingung der Waffenruhe sein, daß diese Truppen überall durch Verbände ersetzt werden. So sollen z. B. die Engländer in Frankreich, die Amerikaner in Mexiko, die Franzosen die Ukraine besetzen.

(Unsere Feinde besitzen erschienen eine Namenswerte Wirtinoffen im Entziffern und Anstellen von „Garnichtsverboten“.)

## General Maurice über das deutsche Angebot.

Bern, 17. Oktober. General Maurice äußert sich in den „Daily News“ in auffallendem Gegensatz zu der öffentlichen Meinung Englands recht günstig über die Bereitwilligkeit Deutschlands, Belgien und Frankreich zu räumen. Er sieht darin den Beweis dafür, daß es Deutschland mit seinem jehinen Friedensricht nicht darum zu tun sei, Kassen zu legen. Auch die Worte Dr. Soffs erweisen nach General Maurice den unvorhersehblichen Ernst der deutschen Friedensbedingungen. Den Vorschlag der deutschen Regierung, die Bedingungen des Waffenstillstandes von einer gemischten Kommission festsetzen zu lassen, hält General Maurice im Einklang mit den hergebrachten Gepflogenheiten. Nur müsse eine solche Kommission vornehmlich aus militärischen und weniger politischen Gelehrten sein. Mit dieser günstigen Aufnahme der deutschen Vorschläge steht General Maurice in der englischen Presse ganz allein.

## Ein großer Vorstoß.

Warschau, 17. Oktober. Der „Kurier“ schreibt, man sei in der Schweiz darüber einig, daß Prinz Max als Reichskanzler vorzuschlagen sei. Die „Aller Nationalzeitung“ behauptet, sie bereits mit der Kaiserhofkammer und nach einem Vorlauf, von dem sie selbst meint, daß er im ersten Augenblick grotesk erschien, aber die einzig mögliche Lösung sei: Reichskanzler Fürst Lidnowski.

## Amerikanische Kriegsrüstungen.

Selvington, 17. Oktober. Reuter meldet aus Washington: Im amerikanischen Abgeordnetenhause wurde ein weiterer Kredit von 6 Milliarden Franken für Seereserve gefordert. Bis zum nächsten Jahre sollen im ganzen 5 Millionen Amerikaner in Europa sein.

## Die Zerwürf der eigenen Städte.

Berlin, 17. Oktober. In der Hauptstadt Stadt Thiel werden durch außerordentlich heftige Bombenwürfe ganze Straßenzüge niedergebregt und beträchtliche Verluste unter der Zivilbevölkerung verursacht. In einem einzigen Hause wurden zehn Befugte unter den Trümmern begraben. Die Stadt Raon, in der die Deutschen die Einwohner aus Stadt und Umgebung vertrieben hatten, wurde von den Deutschen verlassen, ohne irgend welche Zerwürfungen vorzunehmen. Die Bevölkerung der Stadt ist das ausschließliche Objekt der französischen Artillerie. Auch während des Rückzuges wurde Raon von den Deutschen geschnitten. Nicht eine einzige deutsche Granate fiel in die Stadt.

## Eine Million Engländer gefallen.

Haag, 17. Oktober. Hollands „Nieuws Buro“ meldet aus London: Bis zu diesem Augenblick sind fast eine Million Briten an dem Schicksal gefallen.

## Die Neuordnung im Osten.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Ich habe von maßgebender Seite zuverlässig, daß unsere Regierung die ganzen Dingen so lange in der Schwebe lassen will, bis sich die Möglichkeit zu Weltkriegsverhandlungen ergeben haben. Die deutsche Regierung will alles vermeiden, um den Weltkriegsabschluss zu verhindern, und da sie bereit ist, die Friedensbedingungen zu unterbreiten, ist es begründlich, wenn sie weitere Maßnahmen unterläßt, um sich nicht auf Dinge festzulassen, die sie schließlich nicht überwinden und durchsetzen kann. Auch unter Verhältnissen zu der Sowjetrepublik ist unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Bekanntlich hat es in der letzten Zeit einige Spannungen zwischen Deutschland und der Sowjetrepublik gegeben. Es ist noch nicht behoben, aber beide Teile sehen ein, daß sich jetzt darüber nicht reden läßt.

## Hilfsruhr der Tschechoslowaken.

Bern, 18. Oktober. (Privatteil.) Der Schweizer Pressegraph meldet aus Paris: Das Mitglied des tschechoslowakischen Nationalrates, Wiza richtete an die Mitglieder in Moskau eine Note, in der er erklärte, Wege der Tschechoslowaken im Wolgarebiet sei ganz versonnen, wenn ihnen die Mitglieder nicht sofort zu Hilfe kämen.

# Der österreichische Bundesstaat.

## Das Manifest Kaiser Karls.

Wien, 17. Oktober. Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein höchst interessantes Manifest, wonach Österreich, dem Willen seiner Väter gemäß, zu einem Bundesstaat werden soll, in dem jeder Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat wird hierdurch in seiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihren Gebieten erhält eine Sonderstellung. Die Integrität der Länder der ungarischen Krone soll in keiner Weise berührt werden. Die Wälder sollen an dem großen Werte durch Nationalität mitwirken, die gebildet aus den Reichstagsgeordneten jeder Nation, die Interessierten der Wälder zueinander, sowie im Verkehr mit der Regierung zur Geltung bringen.

Gleichzeitig richtete der Kaiser einen Auftrag an Armeen und Flotte.

Die tatsächliche Umgebung, die am 17. Oktober in Wien veröffentlicht wurde, ordnet in endgültiger Weise die Bildung von Nationalstaaten in Österreich an und der uralte Streit zwischen den beiden Grundgedanken Konzentration oder Föderalismus ist damit im Sinne der letzten Alternativen gelöst. Vorkühn hat man die Bildung von vier Nationalstaaten in Aussicht genommen, und zwar eines deutsch-österreichischen, eines tschechoslowakischen, eines italienischen und eines ungarischen Staates. Der deutsch-österreichische Staat dürfte aus den alten österreichischen Provinzen Ober- und Nieder-Österreich, Steiermark, Salzburg, Nord- und Mittel-Tirol, Kärnten und den deutschen Teilen Böhmens bestehen. Der tschechische Staat soll sich aus Böhmen und Teilen Mährens zusammenschließen, während die deutschen Teile Mährens, besonders das nördliche und südliche Mähren, ferner Westschlesien und Teile von Oberschlesien zum deutsch-österreichischen Staate gehören werden dürften. Der italienische Staat, dessen Name wohl eine Reminiscenz an das von Napoleon gegründete Königreich Neapel ist, soll die lombardischen Teile der Steiermark, Aachen, das Riesenttal und Anselmo aus Tirol und Zanimaten umfassen. Aus Ungarn soll der ungarische Staat gebildet werden. Noch unentschieden ist das Schicksal Südtirols; Triest soll, wie man hört, eine reichsrun mittelbare Stadt werden.

Auch der Donaukreis, das ist die Zusammenfassung der Donaumonarchie aus zwei großen, politisch und wirtschaftlich selbständigen Gebieten, die durch Real-Union, durch enge Verknüpfung gemeinsamer Interessen und wichtiger Verwaltungsgebiete verbunden sind, ist endgültig aufgehoben. Österreich und Ungarn sollen künftig nur einen gemeinsamen Staat bilden, der jedoch aus dem Gebiete der äußeren Politik, des Handels und der wirtschaftlichen Interessen völlig voneinander getrennt sein. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß infolge der neuen Gestaltung der Staaten durch die Vereinigung des gemeinsamen Herrschers zwischen Österreich und Ungarn wichtige und dauernde Einrichtungen zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen geschaffen werden. In territorialer Beziehung wird Ungarn vielleicht durch die Autonomie erweitert werden, doch rechnet man derzeitigen Wien gegenüber mit einem starken Widerstande der bulgarischen Ukraine. Unentschieden ist noch, ob Serbien und Slavonien, die angeblich Ungarn gehören, aus dem ungarischen Staatsverbande auscheiden und etwa mit Bosnien und der Herzegovina zu einem neuen Staatsgebilde, das sich den eben erwähnten vier Staaten anschließen würde, vereinigt werden soll. Die politische Gestaltung der Staaten wird, wie oben erwähnt, auch Teil von Offizieren, werden nach zweifelhafte Wiener Meldungen gänzlich aus dem Reichlande der habsburgischen Krone auscheiden und dem neuen Königreiche Polen zufallen.

So haben wir dann an Stelle des alten zentralistisch regierten Österreichs verschiedene, vollkommen selbständige Staatswesen vor uns, die sich, wie in der tatsächlichen Umgebung ausgeführt wird, zu einer dauerhaften Verbindung zusammenschließen sollen, in dem Sinne, daß, wenn auch des Schweregewichtes durchaus auf die einzelnen Staaten und deren Organe fällt, dennoch ein geordnetes Zusammenwirken stattfinden und die Verbindung auch völlerrechtlich wie ein gemeinsames Staatswesen betrachtet wird. Das ist also staatsrechtlich kein Einheitsstaat mehr, sondern ein Staatenbund. Der nächste Gehalt dieses der bejahrten Begriffes wird die weitere Entwicklung ergeben. Es wird kaum möglich sein, den Föderalismus in Österreich von heute auf morgen vollkommen zu beseitigen, und vielleicht gelingt es dem Heine Habsburg, unter dessen Zepher die Vereinigung all dieser verschiedenen Staatsgebilde stattfindet, die alte Einheit zwischen diesen jetzt nur noch durch das ledere Band der Personal-Union verbundenen Gliedern bis zu einem gewissen Grade aufrecht zu halten. Es ist eine derartige Wahrscheinlichkeit für die Dauer allerdings nicht. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Auflösung einmal begonnen hat, die zentrifugalen Tendenzen stärker als die zentrifugalen zu sein pflegen.

Die Regierung denkt sich, wie der Ministerpräsident den Parteien bekannt gegeben hat, die Konstitution der verschiedenen Verfassungen etwa in der Weise, daß zunächst die Vertreter der einzelnen Völker sich im österreichischen Abgeordnetenhause als Komittees konstituieren. Diese Komittees oder Nationalräte hätten die Bildung der Nationalstaaten vorzubereiten und die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Staaten festzustellen. Bis zur endgültigen Konstituierung der einzelnen Staaten würde

## Die Neuorganisation Polens.

Wien, 17. Oktober. Die polnischen Blätter melden aus Warschau, daß bisher noch keine Einigung hinsichtlich der Neuorganisation Polens erzielt wurde. Nur in der Forderung nach der Einberufung eines Nationalrates, bestehend aus einem Vertreter von Kongresspolen, Galizien und Polen, stimmten sämtliche Parteien überein. Selbstverständlich ist, daß Pilsudski als Kommandant der polnischen Armee in Aussicht genommen ist. Die Regierung wird nunmehr eine durch die Instanzgebung des ausgebeuteten Staatsapparates notwendige große Staatsanleihe aufnehmen.

Wien, 16. Oktober. Prinz Radziwili brückte polnischen Journalisten gegenüber die bestimmte Erwartung aus, daß in der nächsten Zeit die Übernahme der inneren Verwaltung und des Staatswesens an die polnischen Behörden erfolgen werde. Auch die Armeeangelegenheiten sind gänzlich gelöst. Der Berliner Vertreter des polnischen Staatsdepartements, Graf Komarzewski, konzentrierte mit Dr. Soff und wollte nach Warschau mit

die österreichische Regierung die Geschäfte weiter führen. In ant ungarischen Kreisen wird übrigens allgemein angenommen, daß die kaiserliche Kundgebung nach zu vorzüglicher Ausführung mit der Washingtoner Regierung erfolgt ist.

## Die Namen der Bundesstaaten.

Die vorgelegenen vier Staaten sollen nach der letzten Reduktion des kaiserlichen Manifestes die Namen Kaiserium Österreich, Königreich Böhmen, Königreich Galizien (das ruthenische Gebiete) und Königreich Slavonien (die tschechischen Länder) heißen.

## Der deutsche Volksrat für Böhmen verlangt Anschluß an Deutschland.

Wien, 17. Okt. Gestern fand in Lobositz eine Sitzung des deutschen Volksrates für Böhmen statt. Der deutsche Volksrat erklärte, er erwarte den sofortigen Zusammentritt der Nationalversammlung und sehe als dessen erste Aufgabe an die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-Böhmens durch den Anschluß an Deutschland. Der deutsche Volksrat betonte ferner, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um eine gewaltsame Einverleibung Deutsch-Böhmens in den zu bildenden tschechischen Staat gegebenenfalls gewaltsam zu verhindern.

## Wälder und Österreich.

Haag, 17. Oktober. Die „Times“ meldet aus Washington: Es gilt als wahrscheinlich, daß die amerikanische Note an Österreich-ungarn sich durch einen gemäßigten Ton auszeichnen, jedoch Punkte enthalten wird, die sich auf das staatspolitische und bundesgenossenschaftliche Verhältnis Österreichs zu Deutschland beziehen.

## Oesterreich und die Ukraine.

Von maßgebender Seite erfahren wir: Schon seit geraumer Zeit hat sich eine Differenz zwischen der Ukraine und Österreich herausgebildet. Jetzt erhält man auch darüber die Erklärung, weshalb der Frieden mit der Ukraine immer noch nicht von der Wiener Regierung ratifiziert worden ist: Die Verhandlungen, die von Graf Czernin und Graf Warian, so wie in einem Geheimvertrage der Ukraine gemacht wurden, sind von Österreich nicht erfüllt worden. Man wird das unvollständige begraben, als die Ukraine lediglich auf Betreiben Czernins gebildet wurde und zwar, weil Österreich seine ganze Zustimmung auf die Einreise aus der Ukraine aufbaute. Die Ukraine mag teilweise enttäuscht haben, aber wir wissen alle, daß Österreich doch besser vorgegriffen wurde, als Deutschland und sogar zu ungenügen Deutschlands bevorzugt wurde. Jetzt drohen der Wiener Regierung Entschlüssen, die den öffentlichen Grund des ukrainischen Friedens offenbaren sollen. Es wird auch für uns möglich sein, etwas über den Egoismus Österreichs zu hören, das immer nur an sich gedacht hat. In Wahrheit haben wir kein Recht, Österreich daraus Vorwürfe zu machen, sondern der schlappen und unwürdigen Vertretung unserer deutschen Völkchen.

## Zumultigkeiten im ungarischen Abgeordnetenhause.

Budapest, 16. Oktober. Bei Beginn der Sitzung ergriß der Ministerpräsident das Wort. Von Seiten der Karolyi-Partei ertönten Zustimmung: „Es lebe das selbständige unabhängige Ungarn!“ Man muß Frieden schließen. Der Ministerpräsident ermahnte die Abgeordneten in dieser ersten Lage alles zu bedenken und auf die Zusammenfassung aller Kräfte hinzu arbeiten.

Hieran hielt Graf Michael Karolyi eine Rede, in welcher er die sofortige Erklärung von Friedensverhandlungen ohne Rücksicht auf die bisherige politische Interessengemeinschaft forderte. Bei den Friedensverhandlungen müsse Ungarn durch einen eigenen mit entsprechendem Wirkungsbereich ausgestatteten Delegation vertreten sein. Unter heftigen Ausfällen gegen die Partei Tiska forderte er, daß die Urheber des Krieges strengstens zur Verantwortung gezogen werden. Bei diesen Worten ertönte der Jubelruf „Weghale Entente-Agenten“. Marini Lovassini, Mitglied der Karolyi-Partei: „Wir erklären, daß wir Entente-treue sind!“ Bei diesen Worten erhob sich ein großer Tumult, zornige Zwischenrufe gegen Lovassini wurden laut. Nachdem der Präsident dergleichen verurteilt hatte, die Ordnung wieder herzustellen, unterbrach er die Sitzung.

## Der Vordank auf Tizza, das Werk eines Pazifisten.

Budapest, 16. Oktober. Die Verber des Abkommens gegen den Grafen Tizza gab bei seinem politischen Verber an, daß er das Abkommen gegen den Grafen Tizza werden wollte, weil er in ihm ein Hindernis für den Frieden und den Urheber der Verlängerung des Krieges erblickte. Im Verlauf des Verberes fügte er hinzu, daß er beabsichtigt, gegen den Staatssekretär v. Sinko während dessen Budapestischer Aufenthaltes ein Abkommen zu verber. Doch sei dieser vor der Ausführung des Verberes abgerufen.

## Waldverfälle auf deutsche Soldaten in Polen.

Warschau, 17. Oktober. In den letzten Tagen wurden in verschiedenen Orten des Generalgouvernements Gewalttätigkeiten verber, denen bisher ein deutscher Gendarm und zwei Soldaten, welche einzeln rüding überfallen wurden, zum Opfer fielen. Gegenmaßregeln sind sofort getroffen.

## Geheimen der Entente in Rumänien und Bulgarien.

Genf, 17. Oktober. „Gazette de Larousse“ meldet in einem Sondertelegramm aus Paris: Unter Führung der Entente-mächte sind zwischen Rumänien und Bulgarien Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Dobrußafrage angeknüpft worden. Die Bulgaren haben den Rumänen das Recht zuekannt, einen unmittelbaren Ausgung zum Meer zu haben. Eine Neuorganisation zwischen den



**Amliche Anzeigen**

**Bekanntmachung.**  
 Betrifft: Verpfelegung Schmelzer Käse und Käse.  
 Am Dienstag, den 22. d. M., Mittags 10 Uhr, werden bei dem Kreis-Viehändler August Quack in Merseburg 48 Ektol tragende Schmelzer Käse und Käse befer Qualität meistbietend veräußert. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sich unter den Tieren vorzügliches an Kalbpaarungen geeignetes Vieh befindet.  
 Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.  
 Merseburg, 18. Oktober 1918.  
 Der Königliche Landrat.  
 J. B. von Grone  
 Nr. 730 R23.

Der Plan über die Herstellung einer oberirdischen Telegrafenlinie an der Gemeindegrenze von der Straße Frankeleben - Mühlhüt nach Mühlhüt liegt von heute ab 4 Wochen bei dem Postamt in Frankeleben aus.  
 Halle (Saale), 14. Okt. 1918.  
**Königliche Eisenbahndirektion.**

**Junger Fuchberger Rattenfänger**  
 zu kaufen gesucht:  
**W. Naundorf,**  
 Obere Breitenstraße 4, Tel. 406.

**Teppich**  
 buntes und passende Divandecke, sowie  
**Fenster-Gardinen**  
 oder Stores, für Wohnzimmer gesucht, ferner 2 Staud Betten und Kücheneinrichtung.  
 Woschke, Halle,  
 Mannischestraße 12.

**Schlachte-Pferde**  
 kauft  
 zu höchsten Preisen,  
 bei Notbeschädigungen sofort zur Stelle.

**Wilhelm Naundorf**  
 Mühlen.  
 Zum Einkauf der Prov. Mehlwerke ausgelassen.  
 Telefon Mühlen 219.  
 Anzumelden bei  
**W. Naundorf,**  
 Merseburg, Oberbreitenstr. 4.  
 Telefon 406.

**Pferde**  
 zum Schlachten  
 kauft  
**Felix Möbius**  
 — Metzgerei, —  
 Tietor Keller Nr. 1,  
 Fernsprecher 588.

**Ziegenzucht-Berein**  
 Merseburg u. Umgegend.  
 Es können an unsere Mitglieber

**Futterrüben**  
 in größeren Mengen abgegeben werden.  
 Anmeldung des Bedarfs unter Entschuldig des Betrages bei Friedrich, Hallestr. 71 (Baden) bis zum Sonnabend, den 19. d. Mts.

Die noch rückständigen Deckungen sind sofort bei dem Geschäftsführer Müller, Hallestraße 79, einzulösen.  
 Merseburg, den 17. Okt. 1918.  
**Der Vorstand.**

**Statt jeder besonderen Meldung.**

Heute entschlief sanft unsere geliebte bis zuletzt treu forgende Mutter und Großmutter

die verwitwete Frau Musikdirektor  
**Marie Schumann**  
 geb. Mohr

im 80. Jahre ihres reichgeegneten Lebens.

Merseburg, Dompropstei 6, den 18. Oktober 1918.

Anna Schmidt, geb. Schumann  
 Clara Schumann  
 Schwester Marie Schumann, Neukölln  
 Thekla Schumann  
 Leutnant Gottfried Schmidt.

Die Beerdigung findet am Montag, den 21. d. Mts., nachmittags um 3 Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus statt.  
 Wir bitten herzlich, von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

Gott der Herr erlöste heute nachmittag unsere liebe, herzengute Tochter und Schwester

**Minni v. Haas**

von ihrem schweren in Geduld ertragenen Leiden im 24. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz  
 im Namen aller Hinterbliebenen

**Wilhelm v. Haas**  
 Königlicher Hegemeister.

Fasanerie bei Merseburg, den 17. Oktober 1918.

Beerdigung findet Montag, den 21. d. Mts., 4 Uhr nachm. von der Leichenhalle des Neumarktsfriedhofes aus statt.

Von Beileidsbesuchern bitten wir abzuweichen.

**Kammer-Lichtspiele!!**

**Kleine Ritterstr. 3 Fernruf 529 Kleine Ritterstr. 3**  
**Heute Freitag bis Montag ein gewaltiges Programm!**  
 „Das verräterische Kreuz!“ „Der Schmuck des Rajahs!“  
 Gesellschafts-Drama in 4 Akten. Ein ergreifendes Drama aus dem Leben in 4 Akten.  
**Elms Niesendorf und Toska am Ende in den Hauptrollen.** Mit Maria Wildt und Nils Christensen.  
 „Lene auf der Hamstertour!“ Kostliches Lustspiel in 3 Akten mit Lene Voss und Lier Lei.  
 Ausserdem noch ein vorzügliches Beiprogramm!  
 Anfang des grossen Programmes wegen pünktlich 7 Uhr.

**Grüzwurftverkauf.**

Sonnabend, den 19. Oktober 1918, von 4-7 Uhr.  
 Verkaufsstelle Rudolph, Clobigkenerstr. Nr. 6 Nr. 6  
 Schumann, Dammstr. Nr. 6  
 Schuber, Burgstr. Nr. 16  
 Staake, Neumarkt Nr. 33  
 auf Nr. 18 und 14 der Grüzwurftkarte.  
 Verkaufspreis: 1/2 Pfund = 50 Pfennig.  
 Merseburg, den 18. Oktober 1918.  
 Das städtische Lebensmittelamt.

**Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf**

findet am 19. Oktober 1918 bei Hoffmann, Brühl Nr. 8 nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 3201-3300 3-4 3301-3400 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.  
 Merseburg, den 18. Oktober 1918.  
 Das städtische Lebensmittelamt.

**Erhöhung des Einkommens**

durch Versicherung von Leibrente bei der  
**Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.**  
 — Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer: —  
 beim Eintrittsalter (Jahre): 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75  
 jährlich % der Einlage: 7,25 | 8,24 | 9,02 | 11,00 | 13,10 | 15,12;  
 bei längerem Aufschub der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze.  
 Für Frauen gelten besondere Tarife.  
**Vermögenswerte Ende 1917: 123 Millionen Mark.**  
 Tarife und nähere Auskunft durch: **Dr. phil. Rudolf Schubert** i. Fa. Gebr. Schwarz Nachf., in Merseburg, hl. Ritterstr. 10.

**Kriegssteuer-Gelege 1918**

Preis 1 Mark  
 zu haben in der  
 Geschäftsstelle des  
 Merseburg. Tageblattes.

**Mushilfe**

für sofort gesucht.  
**Frau Martha Schladitz,**  
 Kleine Ritterstraße 11.

**Umzugshalber**

Kücheneinrichtung ff. Emailleierung für Mk. 395.—, Schlafzimmer mit guten Spiral- u. Auflegematt für Mk. 1350.—, Speise- und Herrenzimmer u. div. and Möbel zu Wohnzimmer passend billig gegen bar zu verk. Leipzig, Sophienstr. 36 part., **Crosse.**  
 Nur persönliche Besichtigung erb.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Heimgange ihrer lieben Entschlafenen danken herzlichst

Merseburg, den 18. Okt. 1918.

**Fabrikdirektor R. Weber**  
 und Frau Clara, geb. Krüger.

**Ein großer Transport erstklassige belgische Arbeitspferde**

darunter prima Zuchstuten  
 ist bei mir eingetroffen

**H. B. Krenmer,**  
 Inh: Aug. Quack  
 Merseburg.

**Halle a. S. Thalia-Säle Halle a. S.**

Dienstag, den 29. Oktober 1918, abends 7 1/2 Uhr:

**KONZERT**  
 für die Haleschen Lazarette.

**Maria Oppermann, Hildesheim**  
 (Gesang).  
**Prof. Julius Klengel, Leipzig**  
 (Cello).  
 Am Blüthenflügel: **Paul Klanert.**  
 Liebergruppen von Schubert, Brahms (Häuerlied) **Paul Klanert, Strauß** — Gelbstompositionen von Wagner und Mozart.  
 Eintrittskarten zu 4, 3, 2, 1 Mark bei **H. Mothan, Halle, Grosse Ulrichstrasse.**

**Berein zur Förderung der Jugendpflege.**

**Feier des Geburtstages der Kaiserin sämtlicher Mädchenvereine**

Sonntag, den 20. Oktober 1918, abends 7 Uhr (nicht erst 8 Uhr), in der städtischen Turnhalle, Wilhelmstraße.

Gedichtvorträge.  
 Festansprache des Herrn Prof. Withorn.  
 Musikstücke der Sörlachkapelle aus Halle.  
 Gesänge.

**Der Biarrer von Leuthen**

von Ernst Albert.  
 Vortragsfolgen, die zum Eintritt berechtigen, 50 Pf. bei Herrn Kaufmann Carl Wendel, Goldschmidtstr.

**Karl Tänzer**  
 Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft für  
**Herren-Wäsche**  
**Trikotagen, Shlipse.**  
**Wäsche-Anfertigung**  
 in eigenen Arbeitsstuben.

Merseburg  
 Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7

Veransgeber: R. Walz. Verantwortliche Redaktion, Politikt: J. Zaepfer, Dertl. und prov. Tell: D. Köhling, Sport und Anzeigen: R. Döbner. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt R. Walz, sämtlich in Merseburg.

**Bekanntnisse und Gelöbnisse zur Nationalen Verteidigung.**

Niemand kann den furchtbaren Ernst unserer Lage ver-  
kennen. Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Exi-  
stenz des Reiches auf des Meisters Schmelde steht, daß die Zukunft  
des deutschen Volkes aufs äußerste gefährdet ist. Jeder muß  
wissen, wie wir leben, und muß danach sein Verhalten einrichten.  
Wir haben, wenn uns der von Wilson anfangs in Aussicht  
gestellte ehrenvolle Friede verweigert wird, nur die Wahl,  
entweder die Bedingungen der Feinde anzunehmen, d. h. alles,  
wozu Notdurft und Habgier sie treibt, über uns ergehen zu  
lassen, oder mit erneuter und verstärkter Kraft den Kampf auf-  
zunehmen und bis zum Ende durchzuführen, mag das Ende sein,  
wie es wolle. Von Stunde zu Stunde wächst die Erkenntnis,  
daß es ein Drittes für uns nicht mehr gibt, und es liegen bereits  
eine Reihe von Bekanntheiten der nationalen Verteidigung vor.

Der Vorstand des Bundes der Industriellen ist in  
folgendem, einstimmig gefaßten Beschlusse vor die Öffentlichkeit  
zeit getreten:

Der Bund der Industriellen stellt sich in dieser ersten  
Zeit hinter die neugebildete Regierung und bittet sie um ihr  
unternommenen Friedensschritte. Sollten die zur Erlangung  
eines ehrenvollen Friedens zu führenden weiteren Verhand-  
lungen nicht zu dem angestrebten Erfolge führen, ist der Ver-  
band der Industriellen bereit, gemeinsam mit der Volkser-  
hebung und allen Kreisen und Ständen des deutschen Volkes  
an der Organisation der nationalen Verteidigung mitzuwirken.  
Der Bund der Industriellen stellt seine gesamte  
Organisation und die Arbeitskräfte seiner Mitgliedsber  
zur Verfügung, wenn es gilt, das deutsche Volk zum letzten  
entschiedenen Widerstand aufzurufen.

Der Verein der Kruppischen Beamten sandte  
an den Reichstagskanzler folgendes Telegramm:

Die neue Willkommnote läßt klar erkennen, daß die Feinde  
keinen Friedensfrieden, sondern einen Gewaltfrieden  
wollen. Schon bei unseren bisherigen Friedens-  
angeboten ist leider weder die deutsche Ehre noch die nötige  
innere gesicherte Entwicklung Deutschlands genügend berück-  
sichtigt worden. Weitere Verhandlungen werden nur  
dann dienen, unsere Stellung noch mehr zu verschlechtern.  
Nad dem unsere bis zur Selbstentäußerung gehenden  
Friedensangebote von Wilson abgelehnt sind, erwarten wir  
von Eurer Hoheit unverzüglich alle Maßnahmen zur Organi-  
sation der nationalen Verteidigung. Die weissen  
Friede des Friedensbegriffes, dessen ganze Entschlossenheit  
Spitze steht, vertreten wir mit unserem Besonderen. Worte  
sind in den letzten Wochen genau gemacht worden, nicht  
wieder Taten sprechen. Das Volk wartet auf den Ruf  
den Ruf von Berlin, möge er bald kommen!

Der Gesamtverband des Reichsstadtebundes, G. V.,  
welcher zur Zeit 930 mittlere und kleine deutsche Städte umfaßt,  
hat an den Reichstagskanzler eine Rundgebung geschickt, in der es  
heißt:

„Stille jetzt der Kampf auf Leben und Tod be-  
gonnen werden, dann soll die Welt erfahren, daß deutsche

ner, die in vierjährigen Ringen mit übermächtigen Feinden  
Ehre auf Ehre errufen haben, im letzten bitteren Kampfe zu  
liegen oder zu sterben wissen.

In einem Aufsatze der Freirevolutionen heißt es:  
„Die Verteidigung Deutschlands ist das  
Kriegsziel der Feinde. Alles Fremden, was wir  
aus und folgen einschließen den Führern, die uns zur mili-  
tären Verteidigung des Vaterlandes aufzufordern  
werden. An unsere Parteigenossen und an das ganze deutsche  
Volk geht unser Ruf: Gib, wenn die Stunde es fordert, dein  
Lebtes für Deutschlands Ehre und Freiheit und Unverletzlichkeit!“

Die nationale Verteidigung ist im Werden. Das sie leistet,  
was sie leisten kann, das hat jeder Deutsche selbst in der Front.  
Ungeheuren Mutes, unerschütterten Vertrauens wird, wenn es  
sein muß, das deutsche Volk die schweren Pflichten und Opfer der  
nationalen Verteidigung auf sich nehmen.

**Politische Rundschau  
Deutsches Reich**

**Eine Rundgebung des Kaisers.**

Danzig, 17. Oktober. Der Kaiser hat auf ein Subjuga-  
tionsgramm der in Joppat todten ersten ostdeutschen Regierung  
dem Generalgouverneur Grafen v. Reinhardt-Danzig folgende  
Antwort gegeben lassen:

„Der treue Gruß der 132 ostmärkischen Pfarren hat mir  
besonders wohlgetan. Nehmen Sie herzlichen Dank dafür.  
Das ganze Land, das Arme und Volk in Preußen ver-  
einigt, kommt aus dem schweren Togen unserer ostpreu-  
sischen Geschichte, und gerade diese schweren Tage sind durch  
das vertrauensvolle Zusammenwirken weiter  
der Ausgangspunkt ungeheurer künftigen Fortschrittes und  
ungeahnter nationaler Kraft gewesen. Mein Vertrauen, daß  
dieses Land sich auch unter veränderten Verhält-  
nissen bewähren werde, ist eines der festen Fundamente, auf  
denen mein Glaube an eine starke und sichere Zukunft des  
Vaterlandes beruht. Der evangelischen Kirche erwachsen in  
erster Zeit neue Aufgaben, die ich mit warmen Wünschen be-  
glette. Der Verammlung meinen künftigen Gruß. Wilhelm.“

**Demobilisierung und Entlassung der Arbeiter  
aus dem Heeresverbande.**

Berlin, 17. Oktober. Im Zusammenhang mit den gegen-  
wärtigen Einwirkungen der politischen und militärischen Fragen  
gemann die Frage der Demobilisierung und Entlassung  
der Arbeiter aus dem Heeresverbande erhöhtes Inter-  
esse und besondere Bedeutung. Nach dem schon ausgearbei-  
teten Plane lag dem Reichswirtschaftsamt die Aufgabe ob, zu  
entscheiden, in welcher Reihenfolge bei Friedensschluß  
die Arbeiter, um die es sich hier in erster Linie handelt, ent-  
lassen seien. In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung, die

die Entscheidung dieser Frage für die Zukunft des deutschen  
Wirtschaftslebens hat, glaubt das Reichswirtschaftsamt, die Ver-  
antwortung für die Entscheidung dieser Frage nicht allein tragen  
zu können.

Am vergangenen Freitag traten deshalb, wie die „Nord-  
Allg. Ztg.“ erzählt, die Vertreter der für diese Fragen besonders  
in Betracht kommenden Hauptsektors mit den Mitgliedern der  
bundesstaatlichen Regierungen zusammen. Das Ergebnis der  
Besprechungen war die Bildung einer besonderen gemischten  
Kommission. Ihr gehören einmal Vertreter der haupt-  
sächlichsten Reichsbehörden, darunter auch des Reichskommissariates  
für Wohnungswesen, ferner Vertreter der bundesstaat-  
lichen Regierung, und zwar der preussischen Ministerien und be-  
vollmächtigten Vertreter zum Bundesrat für Handel und Verkehr.  
Nichtlich Mitgliedens ein Anhalt von Arbeitgebern aus der  
Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft, von Angestellten  
und Arbeitnehmern an.

Wie wir weiter erfahren, bildete diese große Kommission  
einen Ausschuss, aus 10 bis 12 Personen bestehenden keinen  
Arbeitsausschuss, der seine Sitzungen heute beginnen wird. Es  
ist vorgehien, über die Ergebnisse der Beratungen fortlaufend  
die Öffentlichkeit zu unterrichten.

**Grübler als Kommissar für die Fragen des Kriegs-  
zustandes.**

Berlin, 17. Oktober. Nach Paragraph 3 der Verordnung  
vom 15. Oktober 1918 zur Ausführung des Gesetzes über den  
Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 trifft der Obermili-  
tärbehaltshaber alle seine Anordnungen und Entschei-  
dungen im Einverständnis mit dem Reichstagskanzler  
aber mit dem von ihm bestellten Vertreter. Auf Grund dieser  
Vorrichtung hat der Reichstagskanzler Staatssekretär Gröber zu  
seinem Vertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt.

**General v. Francois verabschiedet.**

Berlin, 17. Oktober. Das Abschiedsgesuch des Generals  
v. Francois ist vom Kaiser genehmigt worden. Der verdiente  
General ist unter Befehlaffung a la suite des Königin Elisabeth-  
Gardesgrenadiers-Regiments Nr. 3 unter Verleihung des  
Großkreuzes des Roten Adler-Ordens mit Schwerd und  
Schwarzen und mit der gleichlichen Pension zur Disposition ge-  
stellt worden.

**Sächsische Währungsreform.**

Leipzig, 17. Oktober. Die Vorarbeiten für die sächsische  
Währungsreform haben im Ministerium des Innern begonnen.

**Der „Vorwärts“ gegen eine „Regierung Haase-Dehnbaur“.**

In einigen sächsischen Groß-Verdäns, so schreibt der „Vor-  
wärts“, machen manche Leute von einer Regierung  
Haase-Dehnbaur als von einem kommenden Ereignis.  
Haase-Dehnbaur ist für sie unmaßlich die deutsche Überlebena von  
Trotz-Union. Die Regierung Haase-Dehnbaur soll die  
Diktator des Proletariats verkörpern, die auf die Herrschaft der  
Arbeiterschaft gegründet sein soll. Reunten die Phantasien das  
sächsische Volk, so werden unerschrocken auch sie nicht glauben.

# Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Reuborn, hatte mit Vorleserinnen des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihe  
gefahren mit den Reichstagspräsidenten Fehrenbach, dem Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdem.  
Arbeiter die Abgeordneten Ebert und Scheibemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Belparr und Dietrich,  
von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wiewer und Hübner, von den Nationalliberalen die Abgeordneten  
Stressemann und Litz, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Drumberg erklärt aus.

**Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:**

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen  
sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und  
Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits-  
und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die  
deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen  
bezeichnet. Unser Volksvermögen steht in der Hauptsache noch un-  
angefasst da.

Das deutsche Volk sein Einkommen bietet eine Gewähr dafür, daß  
auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.  
Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den einbezogenen  
Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegs-  
anleihezinßen in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegs-  
anleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur  
Bezahlung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete  
fogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit  
finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne  
des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen  
zum großen Teil wenig bemittelte deutscher Reichsangehöriger, sie bildet  
den Grundstock des Vermögens ungezahlter Sparassien, Genossenschaften,  
wohlthätiger Stiftungen, die unseren Ärmsten dienen. Und weil das der  
Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch  
gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsentrages zu rühren.“

**Die Parteiführer des Reichstages**

erklärten ihre volle Übereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein  
muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegs-  
anleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren  
soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens trägt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten  
Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden,

